

Aufruf

Liebe Mitglieder!

Unabhängigkeit kostet Geld! Die Humanistische Union gehört zu den wenigen politischen Organisationen, die ausschließlich von den Beiträgen und Spenden der Mitglieder leben. Die rund DM 20 000,- Spenden, die wir im Jahr einnehmen, setzen sich zu gut 95 % aus Einzelbeträgen unter DM 100,- zusammen.

Mit Großspenden können wir nicht rechnen. Die Kehrseite dieser politischen Unabhängigkeit ist die Begrenzung unserer politischen Möglichkeiten durch die uns zur Verfügung stehenden relativ geringen finanziellen Mittel. Manche uns von unserem Programm her gebotene Maßnahme können wir nicht durchführen, weil uns einfach die Mittel dazu fehlen. Die laufenden Preissteigerungen treffen eine solche, ständig an der äußersten Grenze ihrer Möglichkeiten kalkulierende Organisation härter als andere. Das gleiche gilt für den Fall, daß fest eingeplante Mittel plötzlich ausfallen. So hat uns z. B. dieses Jahr die Bundeszentrale für politische Bildung den Zuschuß für den von uns durchgeführten Kongreß „Justiz und Justizkritik in Deutschland“ verweigert. Das ist nur ein kleines Beispiel für die Gründe, warum wir zwar auch dieses Jahr unsere politische Unabhängigkeit bewahrt haben, aber ins neue Jahr wiederum mit Schulden gehen werden.

Wir bitten daher alle Mitglieder zu prüfen, ob es Ihnen möglich ist, über Ihren Regelbeitrag hinaus uns zum Ende dieses Jahres eine zusätzliche Spende zukommen zu lassen. Wir haben Ihnen eine Zahlkarte mit dem Spendenbetrag von DM 20,- schon vorbereitet. Sollten Sie einen höheren Betrag spenden wollen, verwenden Sie bitte die andere Zahlkarte.

Bitte, prüfen Sie bei dieser Gelegenheit auch noch einmal, ob Sie trotz mehrerer Mahnungen immer noch nicht den laufenden Jahresbeitrag beglichen haben. Wir wären unserer finanziellen Sorgen ledig, wenn alle Mitglieder ihren Beitragsverpflichtungen pünktlich nachkämen!

Alle Spenden und Beitragszahlungen an uns können von der Einkommen- bzw. Lohnsteuer abgesetzt werden. Falls die auf den beiliegenden Zahlungsbelegen aufgedruckte vereinfachte Form der Spendenbescheinigung Ihnen nicht genügt, stellen wir Ihnen auf Anforderung gern eine reguläre Spendenbescheinigung aus. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung im voraus!

Mit den besten Wünschen für das neue Jahr
Der Bundesvorstand

Humanistische Union und Bundestagswahl

Vorbildliche Ortsverbandsaktionen im Wahlkampf

Daß die Chancen, politische Ziele der Humanistischen Union zu verwirklichen, unter einer sozial-liberalen Koalitionsregierung größer sind, als sie es unter einer CDU/CSU-Regierung wären, versteht sich fast von selbst, und diese Feststellung sagt auch nichts über die parteipolitische Neutralität oder Nichtneutralität der Humanistischen Union aus. Um so schwieriger war es, den Eindruck zu vermeiden, die Humanistische Union sei ein bloßes Anhängsel der sozial-liberalen Politik. Gerade angesichts der Fehler, die die vergangene Regierung auf typisch HU-relevanten Gebieten gemacht hat (Verschlechterung der Vorschläge der Ehrechts-Kommission, Versuch der Indikationslösung, fragwürdige Kompromisse bei der Strafrechtsreform usw.) kam es darauf an, eine Haltung einzunehmen, die man vielleicht am besten mit „freundlicher Distanz“ bezeichnen könnte.

Diesen Mitteilungen liegt der
Stimmzettel zu den Delegierten-
wahlen der HU bei.
Beachten Sie bitte die dort
gemachten Angaben

Dem diente auch der Beschluß des Bundesvorstands, daß die Humanistische Union im Rahmen des Wahlkampfes nur über für sie relevante Sachprobleme Stellung beziehen sollte. Einige Ortsverbände haben erfreulich effektiv auf diese Weise HU-Vorstellungen im Rahmen des Wahlkampfes Gehör verschafft.

Eine „der interessantesten Veranstaltungen im jetzt in der Endphase befindlichen Bundestagswahlkampfes“ nannte die Presse das Wahlforum des Ortsverbandes Baden-Baden „Frauen entscheiden die Wahl“. Die „Badischen Neuesten Nachrichten“ schrieben u. a.: „Hier war ein überparteiliches Forum, ... daß mit seinen Referentinnen die Situation der Frau in Ehe und Familie, das Wahlverhalten der Frau und die vergleichenden Tätigkeiten der im Bundestag vertretenen Parteien durchleuchten wollte. Dieser Versuch ist geglückt...“ Der Ortsverband hatte das Forum zweimal veranstaltet, und zwar einmal nachmittags und einmal abends. Die Nachmittagsveranstaltung war besonders für Hausfrauen mit Kindern gedacht gewesen. Zu diesem Zweck hatte der Ortsverband im Kurhaus einen kostenlosen Kindergarten nebst Kindergärtnerin organisiert, so daß die interessierten Frauen

sorglos an der Veranstaltung teilnehmen konnten.

Mit dem gleichen Thema traten die Ortsverbände Düsseldorf und Lübeck im Wahlkampf auf. Der Ortsverband Lübeck nannte sein Frauenwahlforum „Wahlverhalten der Frauen – warum handeln Frauen nicht politisch?“

Nach dem einführenden Referat nahmen Vertreterinnen verschiedener Organisationen zu den Hauptfragen des Forums Stellung: Ursachen der politischen Abstinenz oder des minimalen Engagements der Frauen, Konsequenzen der Familienbindung, Wandel der Geschlechterrollen, soziale Sicherung der Frau und die Rolle der Frau in Massenmedien und Werbung. Die Auffassung der Humanistischen Union, daß der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation ist, fand bei der Veranstaltung weithin Zustimmung. Die Problematik der Frauenunterdrückung und ihrer Emanzipation – so sehr sie bei parlamentarischen Wahlen ihren Niederschlag findet –, reicht viel weiter und tiefer, als daß sie in einer wahlbezogenen Thematik voll erfaßt und ausgedrückt werden könne. Da die sehr lebhaft und lang andauernde Diskussion nicht zu Ende geführt werden konnte, beschlossen die Teilnehmer des Forums, demnächst ein die Thematik vertiefendes Seminar zu veranstalten.

Der Düsseldorfer Ortsverband hatte am 8. November die Bundestagskandidaten von 4 Parteien zu einem Wahlforum eingeladen. Unter dem Titel „Frauen fragen Parteien – Düsseldorfer Bundestagskandidaten nehmen Stellung zu den Themen: Frau und Arbeitswelt – Ehe- und Familienrecht – § 218 – Jugendfragen – Sexualstrafrecht“ diskutierten Karl Heinz Hansen, SPD, Dr. Burkhardt Hirsch, FDP, Editha Limbach, CDU, und Gustav Trambovsky, DKP. Wenn man bedenkt, daß in dieser Zeit des Wahlkampfes natürlich am gleichen Abend mehrere Veranstaltungen zur Wahl stattfanden, konnte man mit den etwa 100 Personen, die erschienen waren, zufrieden sein. Das Publikum setzte sich überwiegend aus gut informierten und progressiv eingestellten zusammen. Die Stimmung war von vornherein gegen die CDU eingestellt, und deren Vertreterin hatte einen schweren Stand, war allerdings auch selber nicht allzu beschlagen in den zur Debatte stehenden Fragen. Auffallend war, daß sich am § 218 die längste und erregteste Diskussion entzündete.

Ganz und gar auf die Reform des § 218 StGB hatte sich der Ortsverband Hannover

Fortsetzung Seite 4

Flugplattaktion gegen „Neue Bildpost“

HU fordert Beendigung des Vertriebs in Kirchen

Mitglieder der Humanistischen Union haben am 15. Oktober, vor verschiedenen katholischen Kirchen Frankfurts nach Beendigung der Gottesdienste Flugblätter verteilt. Darin wurden die Kirchgänger aufgefordert, mitzuhelfen, „daß einseitige politische Zeitungen wie die „Neue Bildpost“ nur noch im Abonnement oder an den Kiosken verkauft werden und nicht mehr auf dem Gelände der Kirchen.“

Weiter hieß es in den Handzetteln der Humanistischen Union, die auch allen katholischen Pfarrern und Gemeinderäten der Stadt zugeleitet wurden: Blätter wie die „Neue Bildpost“ sollten „sich im offenen Wettbewerb zu behaupten versuchen und nicht den besonderen Schutz der Kirchen erhalten für ihre einseitige Propaganda gegen jeden, der für entschiedene soziale Reformen eintritt.“

Die „Neue Bildpost“ hat auf die Aktionen des Ortsverbandes ausgesprochen gereizt reagiert. In mehreren Artikeln und Kommentaren griff sie die Humanistische Union in der bei ihr bekannten diffamierenden und die Behauptungen des Ortsverbandes gerade belegenden Art und Weise an. Selbst der aus dem Repertoire gewisser Wahlkämpfer bekannte Vorwurf, der HU Argumente der Nazis zu unterstellen, fehle nicht.

Der Ortsverband Frankfurt hat in einem Schreiben an die anderen Ortsverbände angeregt, dem Frankfurter Beispiel zu folgen und in ihren jeweiligen Bereichen ähnliche Aktionen gegen die „Neue Bildpost“ als einer typischen Gazette des klerikalistischen Rechtskartells zu richten.

Gesucht: Postscheckkonto Köln 208577-501

Vor einiger Zeit erhielten wir von oben genanntem Postscheckkonto eine Überweisung. Über diese Angaben hinaus enthielt der Zahlungsabschnitt keinerlei Hinweis darauf, bei wem wir uns für diese Unterstützung unserer Arbeit bedanken dürfen.

Mitglieder, die mit ihrem Beitrag im Rückstand sind, werden von uns natürlich in regelmäßigen Abständen gemahnt. Nach jeder solchen Mahnaktion erhalten wir regelmäßig eine Anzahl empörter Briefe mit dem Hinweis, daß dann und dann auf dieses oder jenes Konto bezahlt worden sei. Bei der dann fälligen Überprüfung stellen wir immer wieder fest, daß es sich um Überweisungen wie die obige handelt. Die Folgen: sinnloser Ärger auf beiden Seiten, überflüssige Portoausgaben, einsparbarer Buchungsaufwand. Bitte, denken Sie daran, bei Beitragsüberweisungen den Absender nicht vergessen! Bei Banküberweisungen achten Sie bitte vor allem darauf, daß die Überweisungsformulare auch wirklich ein Kohlepapier enthalten und dieses auch nicht verrutscht.

HU contra Neubauer

„Mit einem geringen Teilerfolg für die Anklage und einem überwiegenden Teilerfolg für die Verteidigung endete gestern der Strafprozeß um die Wahlkampf-Flugblattaktion der Humanistischen Union (HU) aus dem vorigen Jahr, die sich gegen Innensenator Neubauer gerichtet hatte. Wegen dreier Behauptungen in dem Blatt hatte Neubauer seinerzeit Strafantrag wegen Beleidigung und politisch übler Nachrede gestellt. Nur wegen einer dieser Behauptungen – Neubauer heiße es gut, wenn Polizisten mit Steinen werfen – wurde der seinerzeitige Geschäftsführer der Humanistischen Union, Dannert, gestern von einem Schöffengericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Keine Verurteilung erging unter anderem zum ersten Anklagepunkt in dem Flugblatt, wo gesagt war, Neubauer habe das Abgeordnetenhaus 1970 über seine Einsatzkompetenz hinsichtlich der besonderen Waffen – Maschinengewehre, Handgranaten – im Berliner Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges (UZwG) „getäuscht“. In der Urteilsbegründung hieß es gestern, die Verhandlung und Neubauers Zeugenaussage hätten die von der Verteidigung behaupteten Widersprüche in den Senats-erklärungen zu dieser Frage nicht klären können. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. So berichtet „Der Tagesspiegel“ vom 30. 11. 1972.

Die zweite Behauptung, die Neubauer als

verleumderisch festgestellt wissen wollte, war die Feststellung, daß er zu den eifrigsten Verfechtern der undemokratischen Vorbeugehaft gehöre. Diese Behauptung stufte das Gericht als „politische Wertung“ ein, die rechtlich nicht verboten ist und nicht als beleidigend im Sinne des Strafgesetzbuches gelten kann.

Der einzige Punkt, in dem Neubauer recht bekam, basierte auf einer Interview-Bemerkung des Innensensors, der seinerzeit gesagt hatte, daß er Verständnis für die Polizisten habe, die auf sie während einer Demonstration geworfenen Steine zurückgeworfen hätten. Aus dieser Bemerkung, die sich auf einen Einzelfall bezog, läßt sich nach Auffassung des Gerichts nicht allgemein schlußfolgern, daß Neubauer das Steinerwerfen von Polizisten gutheiße.

Der Prozeßverlauf selbst war alles andere als günstig für den Innensenator. So mußte er sich vom Gericht vorhalten lassen, daß er selbst keineswegs einen „zarten eigenen Wahlkampf“ geführt habe. Zum Abschluß bezeichnete der Vorsitzende den Prozeß als „traurig“, „weil hier auf der Ebene der Justiz politische Auseinandersetzungen ausgetragen wurden.“

Vor dem Verwaltungsgericht ist derzeit noch ein Prozeß der HU gegen die Berliner Polizeibehörden im Gange, in dem die HU festgestellt wissen will, daß die seinerzeitige Behinderung der Flugblattverteilung rechtswidrig gewesen sei.

Ausländerrechtspetition vom Bundestag zu den Akten gelegt?

Wie uns das Präsidium des Bundestages mitteilt, hat sich der Bundestag Ende September abschließend mit der Petition der Humanistischen Union zum „Ausländerrecht befaßt und diese auf Antrag des Petitionsausschusses der „Bundesregierung zur Kenntnisnahme“ überwiesen.

Nach § 113 der Bundestagsgeschäftsordnung können Petitionen, wenn sie nicht sowieso als erledigt anzusehen sind, der Bundesregierung „zur Berücksichtigung, zur Erwägung, als Material oder zur Kenntnisnahme“ überwiesen werden.

Die Humanistische Union hatte ihre Petition bereits im März 1970 eingereicht. Sie umfaßte einen Alternativentwurf zum Ausländergesetz nebst rund 150 Seiten Begründung und Dokumentation. Anlaß für das Vorgehen der Humanistischen Union war die von ihr und zahlreichen Fachleuten vertretene Auffassung, daß unser Ausländerrecht wesentlichen Rechtsstaatsgrundsätzen widerspricht. Die Petition wurde von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (wie z. B. dem DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter) und namhaften Juristen und Rechtslehrern (u. a. Prof. Dr. Ulrich Klug und OLG-Präsident Rudolf Wassermann) unterstützt.

Die Humanistische Union empfindet den Beschluß des Bundestages gerade angesichts der jüngsten „Ausweisungswelle“ als höchst unzulänglich. Der Bundesre-

gierung ist der Alternativvorschlag der HU selbstverständlich längst bekannt, und mit dem Bundesinnenminister ist darüber ein ausführlicher und den Vorschlag weiter begründender Briefwechsel geführt worden. Dieser Briefwechsel lag auch dem Petitionsausschuß vor.

Die Verteidiger des derzeitigen Ausländerrechts betonen immer wieder dessen angebliche Liberalität. Besser als durch die derzeitige Praxis der Ausländerbehörden sind sie kaum zu widerlegen. Entweder handeln diese rechtswidrig, wenn sie, wie es laufend geschieht, von Ausweisung bedrohte Ausländer sämtlicher Rechtsmittel berauben oder ihr Vorgehen wird vom geltenden Ausländerrecht gedeckt. In diesem Fall aber wird niemand ernsthaft behaupten können, dieses entspräche rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Rechtsreferentin ausgeschieden

Frau Rechtsanwältin Heidemarie Stehfest, seit 1969 Rechtsreferentin der Humanistischen Union, ist aus persönlichen Gründen und auf eigenen Wunsch ausgeschieden. Wir wünschen Frau Stehfest, die jetzt beim bekannten juristischen Fachverlag C. H. Beck in Frankfurt arbeitet, für die Zukunft alles Gute und danken ihr für ihre Arbeit für die Humanistische Union.

Das Rechtsreferat bleibt zunächst unbesetzt.

Aktion minus 3,2 Prozent

Im Mai rief der Bundesvorstand die Ortsverbände der Humanistischen Union zu einer „Aktion plus 10 Prozent“ auf (vgl. „Mitteilungen“ Nr. 56, S. 1). Anlaß für diese Aktion der Mitgliederwerbung war die leicht negative Entwicklung der Mitgliederzahlen und die Erkenntnis, daß die Effektivität und politische Handlungsfähigkeit der Humanistischen Union nur durch eine wesentliche Steigerung der Mitgliederzahlen zu erreichen ist.

Wie wir schon in unserem Zwischenbericht (s. „Mitteilungen Nr. 58, S. 4) mitteilten, entsprach das Ergebnis der Aktion nicht im entferntesten den Erwartungen. Daran hat sich bis zum Ende der Ausschreibungszeit (15. November) wenig geändert.

Der vorherrschende Eindruck bei der Auswertung der Aktion ist, daß sich nur die allerwenigsten Ortsverbände bewußt an der Aktion beteiligt haben oder überhaupt bewußt Mitgliederwerbung betreiben. Als die Aktion im Mai ausgeschrieben wurde, wußte natürlich noch niemand von den vorgezogenen Bundestagswahlen. Viele Mitglieder der Humanistischen Union ha-

ben innerhalb und außerhalb derselben sich in dem sehr heftigen Wahlkampf engagiert. Dadurch ist für sie für andere Unternehmungen kaum oder überhaupt keine Zeit geblieben. Das erklärt wenigstens zu einem geringen Teil den Mißerfolg unserer Werbeaktion.

Die emotional zündenden Themen, die uns in der Gründungszeit den Mitgliederzufluß garantierten, stehen uns nicht mehr zur Verfügung. So ist Mitgliederwerbung sicherlich ein hartes Brot. Bevor sie bewußt betrieben werden kann, ist manche psychologische Sperre zu überwinden. Andererseits kann nicht oft genug betont werden, daß uns nur ein Zuwachs an Mitgliedern und damit finanziellen Mitteln politisch stärken kann. Die Mitgliederfrage ist die Existenzfrage der Humanistischen Union und damit mindestens zu einem Teil auch der von ihr vertretenen politischen Ziele und Vorstellungen. Daß trotz aller Schwierigkeiten aber bewußte Mitgliederpolitik möglich ist, haben die Ortsverbände bewiesen, die sich im Rahmen der Aktion Mühe gegeben haben.

Als Sieger der „Aktion plus 10 Prozent“

gehen der Kreisverband Lauenburg und der Ortsverband Lübeck hervor, die das ihnen gestellte Ziel jeweils mit 60 % erreichten. An dritter Stelle folgt der Ortsverband Bochum mit 50 %. Einen Mitgliederzuwachs konnten in der Wettbewerbszeit ebenfalls erreichen die Ortsverbände Karlsruhe, Essen, Münster, Hamburg, Kiel, Vordertaunus, Dortmund und Frankfurt.

Die Ortsverbände Baden-Baden, Kaiserslautern, Nürnberg, Stuttgart und Würzburg konnten ihren Mitgliederbestand lediglich halten. Alle anderen Ortsverbände haben sogar Mitglieder durch Austritte verloren. Das gemeinsame Schlußlicht bilden die Ortsverbände Düsseldorf, Heidelberg, Mannheim und Zweibrücken, die im Rahmen der Werbeaktion je 10 neue Mitglieder gewinnen sollten und stattdessen jeweils drei verloren haben. Dadurch haben diese Ortsverbände ihr Wettbewerbssoll mit 30 % „untererfüllt“.

Statt 10 % Mitglieder hinzuzugewinnen, haben wir 3,2 % Mitglieder im Zeitraum der Wettbewerbsaktion verloren!

Auswirkungen des Bodenrechts weiter Problem Nummer 1

Ergebnisse einer neuen Umfrage des OV Frankfurt/M.

Von Peter Bernhardt u. Klaus Scheunemann

Die Aufklärung über die Auswirkungen des geltenden Bodenrechts auf die städtischen Lebensbedingungen sowie das Engagement für die Straffreiheit ärztlicher Schwangerschaftsunterbrechungen werden von den Mitgliedern und Freunden des Ortsverbandes Frankfurt/Main der HU nach wie vor als vorrangige Aufgaben der Frankfurter HU betrachtet. Als sehr wichtig empfand der gleiche Personenkreis darüber hinaus die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtskartell und die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren der Umweltzerstörung durch unkontrollierte private Nutzung der Natur. Das sind die bemerkenswertesten Ergebnisse einer neuen Umfrage des OV Frankfurt unter seinen Mitgliedern und Freunden.

Aus einem Katalog von zehn HU-spezifischen Aufgabenstellungen konnten die Befragten bis zu fünf ankreuzen, denen sich nach ihrer Ansicht der Ortsverband ganz besonders zuwenden sollte. Es beteiligten sich 50 Mitglieder und 15 Nichtmitglieder. Beim Vergleich der Ergebnisse dieser Umfrage mit den Ergebnissen einer ähnlichen Umfrage des OV Frankfurt vor zwei Jahren fällt auf, daß die Weiterführung antiklerikaler Aktivitäten diesmal nur von 40 % der Befragten als vorrangige Aufgabe der HU genannt wurde (Umfrage 1970: 65 %). Auch die Dringlichkeit einer Polizeikennzeichnung wurde diesmal niedriger bewertet: 15 % der Befragten zählten sie diesmal zu den fünf Hauptaufgaben gegenüber 40 % im Jahre 1970. Möglich, daß der Rückgang an Konfrontationen bei Demonstrationen hierbei eine Rolle spielte.

Im einzelnen ergab die Auszählung der Frankfurter Umfrage folgende Präferenzliste:

	Alle Einsender	Nur Mitglieder	Nicht- mitglieder
1. Aufklärung über die Auswirkungen des geltenden Bodenrechts	65 %	64 %	66 %
2. Engagement für die Straffreiheit von ärztlichen Schwangerschaftsunterbrechungen	63 %	62 %	66 %
3. Politische Auseinandersetzung mit dem Rechtskartell	58 %	56 %	66 %
4. Aufklärung über Gefahren der Umweltzerstörung	54 %	56 %	47 %
5. Engagement für menschenwürdige und demokratische Arbeitsbedingungen in Betrieben, Ausbildungsstätten etc.	48 %	52 %	33 %
6. Bildungsarbeit in Gefängnissen	46 %	48 %	40 %
7. Unterstützung ausländischer Arbeiter	42 %	38 %	53 %
8. Weiterführung antiklerikaler Aktivitäten	40 %	42 %	33 %
9. Politische Auseinandersetzung mit ultralinken Sektierern	22 %	22 %	20 %
10. Initiativen für Polizeikennzeichnung	15 %	18 %	7 %

Inserieren in den „Mitteilungen“

Die Information unserer Mitglieder über die Arbeit der Humanistischen Union mittels der „Mitteilungen“ kostet uns jährlich rund DM 8000,-. Diese einzige regelmäßige Informations- und Kontaktmöglichkeit zwischen Mitgliedern und Verbandsleitung müssen wir unbedingt aufrechterhalten. Wir könnten sie aber erheblich verbilligen!

Wie Sie sicherlich anhand der letzten Ausgaben der „Mitteilungen“ festgestellt haben, haben einige Verlage den Werbewert der „Mitteilungen“ inzwischen entdeckt. In der Tat ist dieser auf Grund der sehr

spezifischen beruflichen Zusammensetzung der HU-Mitgliedschaft nicht uninteressant. So sind bei uns Berufsgruppen wie Lehrer, Journalisten, Hochschullehrer, Juristen usw. deutlich überrepräsentiert.

Bitte, überlegen Sie sich, ob Sie auf Grund Ihrer beruflichen oder persönlichen Beziehungen in der Lage sind, auf die Werbemöglichkeiten in den „Mitteilungen“ hinzuweisen.

Auch persönliche Kleinanzeigen können in bestimmten Fällen in den „Mitteilungen“ durchaus sinnvoll sein. Kleinanzeigen kosten 6 cm breit je mm DM —,75, 9 cm breit je mm DM 1,—.

Kurzberichte · Informationen · Einladungen

Landeskonferenz NRW

Am 28. 10. fand in Essen eine Landeskonferenz statt, auf der (außer Bonn) alle Ortsverbände in NRW vertreten waren. Wichtigste Diskussionspunkte: Gründe für das vorläufige Scheitern der Aktion „Trennung von Kirche und Staat“, Schwerpunktthemen in NRW in 1973, Kandidatenaufstellung für Delegiertenwahl.

Die gemeinsam mit den Jungdemokraten (DJD) in NRW geplante Aktion für die Trennung von Staat und Kirche mußte abgesagt werden, weil die Vorbereitungsarbeiten nur zögernd vorangetrieben wurden und schließlich die Aktion nicht mehr in ursprünglich geplantem Umfang durchgeführt werden konnte (Zeitdruck, Wahlkampf, Ausscheiden der DJD).

Die geplante Informationsbroschüre liegt im Entwurf vor, bedarf aber noch der Überarbeitung, die in den kommenden Monaten zunächst innerhalb des HU-AK „Kirche und Staat“ vorgenommen werden soll. Die verschobene Aktion soll dann im April 1973 notfalls auch ohne Unterstützung durch DJD oder andere Gruppen stattfinden. Die abschließende inhaltliche Diskussion der vorliegenden Texte und des Aktionskonzeptes soll im Januar 73 auf einem Wochenendseminar erfolgen. Organisation durch AK „Kirche und Staat“ (Rose, 517 Jülich, Gutenbergstr. 22, Tel. 0 24 61 - 37 20). Der Textentwurf ist beim Landesverband NRW erhältlich. Zum anderen soll 1973 in NRW das Thema „Strafvollzugsreform“ schwerpunktmäßig behandelt werden. Hierzu gibt es inzwischen zwei örtliche Arbeitskreise, wurde im Oktober erfolgreich ein Wochenendseminar durchgeführt und wird für Anfang 73 ein weiteres Seminar geplant. Die vorhandenen Aktivitäten und Interessen müßten ausreichen, um im Herbst 73 mit einer landesweiten Aktion an die Öffentlichkeit zu treten.

Schließlich wurde für die Delegiertenwahlen einstimmig eine Liste von 10 Kandidaten von der Landeskonferenz zur Wahl empfohlen. Die Ortsverbände können selbstverständlich weitere Kandidaten aufstellen. Mit dieser Landesverbandsempfehlung sollten nur in der Vergangenheit begangene Fehler vermieden werden, daß nämlich eine übergroße Zahl von Kandidaten aufgestellt wird, daß Zufallskandidaten gewählt werden und örtlich aktive HU-Mitglieder unterliegen und daß aktive Ortsverbände dann unter den Delegierten überhaupt nicht vertreten sind.

(Auskünfte zu allen NRW-betreffenden Fragen wie immer beim Landesverband — Klawitter, 43 Essen, Klingemannstr. 16, Tel. 0 21 41 - 27 80 06)

Pressefreiheit und örtliche Monopole

Der Ortsverband Karlsruhe hat sich auf seiner letzten Mitgliederversammlung eingehend mit den Möglichkeiten des Ortsverbandes im Rahmen des damals gerade laufenden Wahlkampfes beschäftigt. Dabei stellte sich heraus, daß die aktiven Mitglieder des Ortsverbandes auch außerhalb der Humanistischen Union derart engagiert waren, daß es als wenig sinnvoll erschien, eigene HU-Veranstaltungen zu planen.

So beschloß man, sich auf die Arbeit nach den Wahlen zu konzentrieren. Als ein Schwerpunkt für diese Arbeit wurde das örtliche Monopol der zur CDU tendierenden „Badischen Neuesten Nachrichten“ bezeichnet. Mit diesem Problem will sich der Ortsverband in der nächsten Zeit besonders befassen. Weiterhin wurde der Wunsch geäußert, auch das Problem „Machtstellung des Klerikalismus“ nicht zu vernachlässigen. Daneben werden die bereits bestehenden Arbeitskreise „Kind im Krankenhaus“ und „Resozialisierung“ weiterarbeiten.

Besonderes Interesse findet im Ortsverband seit geraumer Zeit die Umweltschutzproblematik. So haben sich interessierte Mitglieder des Ortsverbandes an verschiedenen Veranstaltungen zu diesem Thema beteiligt und dort nach Möglichkeit den Standpunkt der Humanistischen Union vertreten. Der Ortsverband selber veranstaltete Anfang Oktober eine Podiumsdiskussion zum Thema mit den Professoren Funk und Hartmann von der Universität Karlsruhe und Herrn Schöpferle vom DGB. Besonderes Diskussionsthema dieser Veranstaltung war verständlicherweise die Planung von Atomkraftwerken im Oberrheingebiet.

Fortsetzung von Seite 1

in seinen Wahlkampfaktionen konzentriert. Bereits im Oktober wurden von ihm sämtliche hannoverschen Direktkandidaten und die erstplacierten Kandidatinnen auf den Landeslisten der Parteien um ihre Stellungnahme zum Problem gebeten worden. Der Ortsverband druckte dann 21 000 Flugblätter, die die Forderung der Humanistischen Union nach einer klaren und eindeutigen Fristenlösung und die Stellungnahme der befragten Bundestagskandidaten enthielten. Die Schlagzeile des Flugblattes („101 Jahre Unrecht sind genug“) nahm auf die völlige Überalterung unseres Strafrechts Bezug.

Die SPD- und FDP-Kandidaten nahmen bis auf eine Ausnahme eindeutig für die Fristenlösung Stellung. Lediglich ein FDP-Kandidat äußerte sich etwas zurückhaltender und betonte, daß die praktikablere Gestaltung der Schwangerschaftsverhütung wichtiger sei. Die CDU-Kandidaten lehnten,

soweit sie überhaupt geantwortet hatten, die Fristenlösung ab.

Die Flugblätter wurden von den Ortsverbandsmitgliedern an den drei Samstagen vor der Wahl während von ihnen veranstalteten „Spaziergangsdemonstrationen“ und an einem von ihnen in der Innenstadt errichteten Informationsstand verteilt. Bei den erwähnten Demonstrationen wurden Transparente mit den Inschriften „Frauen wählen Fristenlösung“ und „Kandidaten für die Fristenlösung in den Bundestag“ gezeigt. Vor verschiedenen Betrieben, der Volkshochschule und den hannoverschen Theatern wurden ebenfalls die Flugblätter verteilt.

Am Informationsstand entstand zeitweilig eine Hyde-Park-Atmosphäre. Die Bundestagskandidatinnen Lenelotte von Bothmer (SPD) und Marianne Taeglichsbeck (FDP) beteiligten sich ebenfalls an den Diskussionen am Informationsstand und unterstützten die Argumente der Humanistischen Union.

Für den letzten Samstag vor der Wahl war es dem Ortsverband gelungen, bekannte Schauspieler der hannoverschen Bühnen für ihre Aktion zu gewinnen. Auf Wunsch signierten sie den Passanten die HU-Flugblätter. Dieter Hufschmidt, auch Mitglied der Humanistischen Union, erklärte im Namen der beteiligten Künstler gegenüber der Neuen Hannoverschen Presse: „Ein Anstoß durch eine überparteiliche Organisation wie die Humanistische Union ist vor der Wahl sehr nützlich. Die kirchliche Polemik zu diesem Thema ist dagegen inhuman und dogmatisch.“

Die Zeitung schrieb in ihrem Bericht u. a.: „Zahlreiche Passanten bekundeten ihre Sympathie mit der Aktion gegen den § 218 in Form einer Spende für die Druckkosten des Flugblattes. Wohl mehr ideelle Bedeutung hatte eine Spende, die einer jungen Flugblattverteilerin überreicht wurde: ein Unbekannter drückte ihr eine rote Rose in die Hand.“

„Sackgasse § 218“

Am 22. Oktober trat auf Vorschlag des Ortsverbandes der Humanistischen Union das „Frankfurter Aktions- und Straßentheater“ in Mannheim mit seinem Stück „Sackgasse § 218. Theater in fünf Bildern für 26 Akteure“ auf. Das Ensemble versteht das Stück als einen Beitrag von Theatermachern zur Diskussion um die Reform des § 218. Regie führte Egmund Eischner von den Städtischen Bühnen Frankfurt. In der anschließenden Diskussion bestand die Möglichkeit, mit Vertretern verschiedenster politischer Meinungen Fragen der Reform zu erörtern.

Regelmäßige Treffen der HU-Mitglieder in Essen

Mitglieder der HU in Essen haben beschlossen, sich in Zukunft wieder regelmäßig einmal im Monat zu treffen, um über persönliche Probleme und über Fragen der HU-Tätigkeit in Essen zu diskutieren.

Das erste Treffen fand am Dienstag, 12. 12. 1972, statt. Ab Januar 1973 werden die OV-Mitglieder sich dann jeweils am 1. Dienstag im Monat in den „Glück-auf-Stuben“, Essen, Carmerstr. 29 (Straßenbahn 8 und 18 bis Savignystraße) treffen.

Am 19. Oktober veranstaltete der Ortsverband einen Vortrag von Prof. Dr. H. Herrmann zum Thema „Katholisches Engagement für den Sozialismus“. Die Veranstaltung fand in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Essen statt.

Neuer Vorstand in München

Der Ortsverband München wählte am 30. 11. 1972 einen neuen Vorstand. Die Mitgliederversammlung verzichtete auf die ausdrückliche Wahl eines Vorsitzenden und wählte einen Kollektivvorstand, der unter sich dann die jeweiligen Fragen der Geschäftsführung regeln wird. In den Vorstand wurden gewählt:

Helga Killinger, Prof. Ulrich Sonnemann, Gerd Hirschauer, Agnes Grimm, Otto F. Gmelin, Johannes Glötzner und Sieghart Ott.

Mit viel Interesse wurden die Arbeitsberichte der beim Ortsverband tätigen Arbeitskreise zur Kenntnis genommen. Aktiv sind z. Z. die Arbeitskreise „Mitbestimmung im Krankenhaus“, „Ethikunterricht“, „Erziehung zur Erziehung“, „Kinderrecht vor Elternrecht“.

Der Schriftsteller Otto F. Gmelin hielt zum Abschluß der Mitgliederversammlung ein Referat über die Rollendarstellung der Frau in Schulbüchern.

Als Ergebnis der anschließenden Diskussion beschloß die Versammlung die Gründung eines Komitees „Aktion Rotstift“. Dieser Arbeitskreis soll sich mit den geschlechtsspezifischen Rollenbildern in Filmen und Schulbüchern auseinandersetzen und vor allem Eltern und Lehrer über die fragwürdigen Implikationen derselben aufklären.

NRW-Arbeitskreis FRIEDENSSTRATEGIE

Auf der letzten Landeskonferenz der HU wurde die Errichtung eines Arbeitskreises beschlossen, der sich mit Fragen der Kriegsdienstverweigerung und Friedensarbeit befassen soll.

Anlaß zur HU-Initiative sind die Bestrebungen, das Grundrecht der Militärdienstverweigerung zu beschränken und die Frage wirksamer Friedensarbeit zu blockieren.

Als Ausgangspunkt dient dem Arbeitskreis eine Zusammenfassung der Gesamtproblematik, die der Sprecher des Arbeitskreises unter dem Titel „Gutachten über das Grundrecht der Gewissensfreiheit in der Militärdienstfrage“ veröffentlicht hat.

Der Arbeitskreis wird sich an Personen und Organisationen wenden, die positiv oder negativ betroffen sind.

Sprecher des Arbeitskreises: Prof. Dr. Nikolaus Koch / Witten.
Anschrift des Arbeitskreises: HU-Landesverband NRW — AK Friedensstrategie, c/o Peter Rath, 46 Dortmund-Brackel, Brüchtenweg 12.

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrick verantwortlich, für den Diskussionsteil Jürgen Scheschkewitz.
Humanistische Union e. V., 8 München 5, Erhardtstraße 30,
Telefon: 266035/36. Redaktionsschluß 8.12.1972
Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen 4. 1. 1973

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200-807.
Diesen Mitteilungen liegen Stimmzettel zu den Delegiertenwahlen der HU, 1 Abstimmungskouvert, 2 Zahlkarten bei.